Panorama

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendent pour les logisticiens**

Band (Jahr): **73 (2000)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Panorama

Personen

Toni Wicki

hw/-r. Toni Wicki, in Personalunion Rüstungschef und Delegierter des Verwaltungsrates der RUAG SUISSE, hat dem Bundesrat seinen Rücktritt vom Amt des Rüstungschefs und als Mitglied der Geschäftsleitung VBS per 31. Dezember 2000 bekannt gegeben. Die Doppelfunktion wurde seinerzeit als Übergangslösung beschlossen. Der Bundesrat hat vom Rücktritt Wickis Kenntnis genommen und ihm den Dank für seine Arbeit ausgesprochen. Der 56-jährige Toni Wicki will sich vollständig auf die Aufgaben als Konzernchef der RUAG SUISSE, der privatisierten Rüstungs- und Industriegruppe, konzentrieren.

Die RUAG SUISSE beschäftigt in ihren Tochtergesellschaften rund 3800 Mitarbeitende und erzielt einen Umsatz von rund 900 Millionen Franken.

Simon Küchler

bdu/-r. Am 23. Februar hat der gesamte Schwyzer Regierungsrat «seinen» Korpskommandanten Simon Küchler verabschiedet. «Sein Führungsstil, die menschlichen Qualitäten und die unbürokratische Hilfe in Notfällen haben uns alle beeindruckt», so Landammann Richard Camenzind.

Simon Küchler bedankte sich in seinen Abschiedsworten für das entgegengebrachte Vertrauen, wagte aber auch eine politische Bemerkung:

An die Adresse von Finanzdirektor Franz Marty meinte der ranghöchste Offizier: *«Entgegen anderen Meinungen ist meiner Ansicht nach die kantonale Militärhoheit alles andere als antiquiert.»* Es müsste im Interesse der Kantone liegen, dass die Entscheidungswege nicht nur noch über Bundesbern liefen.

Panorama

Schweizer Armee	2
Aktuell	6

Wie weiter mit dem Nachrichtendienst der Schweizer Armee?

«Wirksames Krisenmanagement durch den Bundesrat erfordert eine Früherkennung, welche die rascheren Zeitabläufe und die zunehmende Komplexität der internationalen Entwicklungen laufend analysiert. Ein Nachrichtendienst ist ein unentbehrliches Instrument, um diesen neuen Herausforderungen gerecht zu werden.»

(Bericht der Studienkommission Untergruppe Nachrichtendienst, 15. Februar 2000, Seite 21)

Von Oberst Roland Haudenschild

Die Untersuchung

Am 8. September 1999 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) die Studienkommission Untergruppe Nachrichtendienst (SUN) eingesetzt. Die SUN sollte eine Bedürfnis-, Schnittstellen-, Zusammenarbeits- und Unterstellungsanalyse sowie politische Empfehlungen bis zum 15. Februar zu Handen des Chefs VBS in einem Bericht unterbreiten.

Die SUN ist in ihrem Bericht vom 16. Februar davon überzeugt, «dass die Schweiz einen in jeder Hinsicht professionellen Nachrichtendienst braucht». Im VBS bestehen drei Nachrichtendienste:

Der Strategische Nachrichtendienst (SND)

Er stellt die ständige Auslandaufklärung sicher, beschafft zu Handen der politischen und militärischen Führung relevante Informationen die er auswertet und verbreitet. Im Ausland werden politische, militärische, technologische und wirtschaftliche Entwicklungen verfolgt. Der SND besteht aus den Sektionen Beschaffung, Auswertung und Support.

Der Armeenachrichtendienst (AND)

Er betreibt im Assistenz- und Aktivdienst die Aufklärung und den Nachrichtendienst auf operativer und taktischer Stufe. Im Normalfall befasst er sich mit der Ausbildung von Nachrichtenoffizieren der Armee; er entwickelt keine umfassende nachrichtendienstliche Tätigkeit.

Die Sektion Nachrichtendienst der Luftwaffe

Sie stellt den technischen Nachrichtendienst für die Luftwaffe sicher und ist dem Unterstabschef Nachrichtendienst (USC ND) fachlich zur Zusammenarbeit zugewiesen. Die Untergruppe Nachrichtendienst (UG ND) des Generalstabs wird vom USC ND geführt und besteht aus SND, AND, Militärprotokoll, Verteidigungsattachés und Stab. SND, AND und Militärprotokoll verfügen über Armeestabsteile in welchen Milizangehörige eingeteilt sind.

Wie andere Staaten hat die Schweiz nationale Interessen, die aktiv wahrgenommen und bei Bedrohungen verteidigt werden müssen. Die Früherkennung und Warnung sind sicherzustellen, damit Überraschungen vermieden werden können. Dazu dient ein Nachrichtendienst der sich mit der Entwicklung der Risiken und Chancen für die Schweiz im Ausland befasst, auf Grund der Prioritäten, die der Bundesrat festgelegt hat.

Neben dem VBS befassen sich in andern Departementen weitere Organe mit der Früherkennung von Chancen und Risiken. Vor allem der Bundesrat, aber auch Dienststellen der Bundesverwaltung benötigen nachrichtendienstliche Erkenntnisse, um schweizerische Interessen wirksam zu vertreten. Die Bedürfnisse der unterschiedlichen Abnehmer von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen weichen aber stark voneinander ab. Durch nachrichtendienstliche Informationen kann die Ungewissheit in Bereichen verringert werden wo lückenhafte Informationen vorhanden sind. Der Bundesrat muss über eigenständige Informationen verfügen, die eine zuverlässige und zeitgerechte Grundlage für die politische Entscheidfindung bilden.

Die Probleme

Das Bewusstsein für die Möglichkeiten und Grenzen von Nachrichtendiensten fehlt in der Schweiz. Klare Prioritäten und Aufträge der politischen Führung (Bundesrat) an den Nachrichtendienst fehlten, beziehungsweise wurden während längerer Zeit nicht mehr aufdatiert. Der Einsatz des SND als Instrument der strategischen Führung wurde versäumt. Deshalb formulierten der Chef des SND und zum Teil auch die Sachbearbeiter ihre eigenen konkreten Aufträge selbst, was nicht einem Bedürfnis des SND entsprach.

Müssen nachrichtendienstliche Erkenntnisse nicht ihre Tauglichkeit beweisen, kann Mittelmässigkeit Platz greifen. Fehlende Rückmeldungen führen zur Zementierung von eingespielten Abläufen und Methoden. Im übrigen ist die Institution zum Träger von Wissen zu machen und nicht der einzelne Mitarbeiter, wie im SND die Tendenz besteht.

Die Medien können den SND nicht ersetzen. Aussenpolitische Zurückhaltung, geringe institutionelle Einbindung und Neutralitätsbedenken führen zu Akzeptanzproblemen des SND. Auch moralische und politische Vorbehalte sind in der Bevölkerung gegenüber dem Nachrichtendienst vorhanden.

Die Schweiz kann sich nicht jeden Nachrichtendienst leisten, denn unsere Ambitionen sind bescheidener als jene der grossen

Mächte. Die beschränkten beziehungsweise zur Verfügung stehenden Ressourcen bestimmen auch die Informationsbeschaffungsart. Die Schweiz muss einen solchen Aufwand betreiben, dass sich ihre grundlegenden nachrichtendienstlichen Bedürfnisse befriedigen lassen. Das Leitmotiv der schweizerischen Sicherheitspolitik «Sicherheit durch Kooperation» gilt auch im Bereich der Nachrichtendienste.

Zur Unterstellung des SND hat die SUN verschiedene Optionen, mit Vor- und Nachteilen, erwogen:

1. Belassung im Generalstab
2. Direktunterstellung unter den Chef VBS
3. Unterstellung unter ein anderes Departement (EDA, EJPD)
4. Bildung einer interdepartementalen Organisationseinheit, analog zum Integrationsbüro EDA/EVD (zwischen EDA, EJPD, VBS)
5. Unterstellung unter die Bundeskanzlei
6. Eingliederung in ein zu schaffendes Präsidialamt, Unterstellung unter den Bundespräsidenten
7. Unterstellung unter einen aufgewerteten Nachrichtenkoordinator

Die SUN plädiert für eine Unterstellung des SND direkt unter den Chef VBS. Im Generalstab würde nur noch der militärische Nachrichtendienst verbleiben. Für die innere Ausgestaltung der Nachrichtendienste empfiehlt die SUN Folgendes:

Demilitarisierung des SND

- Keine militärische Führung
- Militärischer Rang darf bei Beförderungen keine Rolle spielen
- Mitarbeiter sollen von der Militärdienstpflicht freigestellt werden
- Zugeordnete Armeestabsteile (Milizangehörige) sollen aufgelöst werden

Verstärkung der Auswertung

- Sektion Auswertung soll quantitativ und qualitativ verstärkt werden

Sicherstellung eines militärischen Nachrichtendienstes für Heer und Luftwaffe

- Der Armeenachrichtendienst soll zu einem militärischen Nachrichtendienst um- und ausgebaut werden, der das Bedürfnis von Heer und Luftwaffe nach operativen, taktischen und technischen Nachrichten abdeckt
- Der analytische Teil der Sektion Nachrichtendienst der Luftwaffe sollte, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, in den militärischen Nachrichtendienst integriert werden

Unterstellung des Militärprotokolls

- Das Militärprotokoll sollte aus der UG ND herausgelöst und dem Generalstabschef (oder seinem Stellvertreter) unterstellt werden

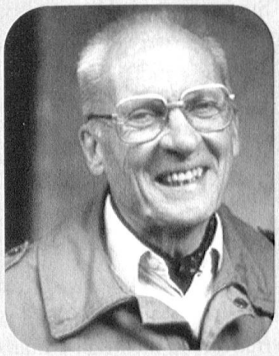
Unterstellung der schweizerischen Verteidigungsattachés

- Die Funktion und das Dispositiv der schweizerischen Verteidigungsattachés sollten überprüft werden
- Die Verteidigungsattachés sollten dem Generalstabschef unterstellt und dem Chef Sicherheits- und Verteidigungspolitik des VBS, dem Chef SND und dem Chef des militärischen ND zur Zusammenarbeit zugewiesen werden
- Die Personalplanung für die Verteidigungsattachés muss verbessert werden (kein Missbrauch für Verlegenheitslösungen beziehungsweise Karriereendpositionen für Instruktionsoffiziere)

Kontrollinstanzen für die Nachrichtendienste

- Die parlamentarische Kontrolle sollte durch eine neu zu schaffende (maximal 6 Mitglieder umfassende) Nachrichtendienstkommission wahrgenommen werden, die mit allen für die Erfüllung ihrer Aufga-

Prof. Hans-Georg Bandi in der A-Log-Gastkolumne



Arbeitskreis Gelebte Geschichte (AGG)

Als vor zwei Jahren im Ausland und dann auch bei uns die Kritik am Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges einsetzte und der verunsicherte Bundesrat schwächlich reagierte, haben sich auf Initiative ehemaliger Fliegeroffiziere Zeitzeugen zusammengefunden, um Widerstand zu leisten. Leute, welche die bedrohliche Zeit als Umklammerung der Schweiz durch totalitäre Mächte und den Überlebenskampf unseres Volkes als junge Erwachsene miterlebt hatten und nicht akzeptierten, dass die sog. «Vergangenheitsbewältigung» im Rahmen der mit 22 Millionen dotierten «Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» (UEK) praktisch ausschliesslich Leuten anvertraut wurde, welche die Kriegsjahre nicht oder nur im Kindesalter oder ausserhalb der Schweiz erlebt hatten.

Die Anliegen und Zielsetzungen der AGG: in der Diskussion das persönliche Erleben, die «Gelebte Geschichte» zur Geltung bringen, die Berichte der sog. «Bergier-Kommission» analysieren, der Verunsicherung des Schweizervolkes entgegentreten, den Dialog zwischen den Generationen fördern, der Schweigenden Mehrheit eine Stimme geben und die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten fördern.

Unser ehrenamtlicher Einsatz hat leider gezeigt, dass die UEK ihre Aufgabe in tendenziöser Weise ausführt. Einerseits begnügt sie sich nicht mit sachlicher Berichterstattung, sondern fühlt sich bemüssigt, als Ankläger und Richter aufzutreten, Verschulden und Verdächtigung in den Mittelpunkt zu stellen. Andererseits täuscht sie durch Akribie Vollständigkeit vor, die aber weitgehend auf negative Aspekte konzentriert ist. Natürlich hat auch die Schweiz Fehler gemacht, aber man darf nicht übersehen, dass von Männern und Frauen unter schwierigsten Umständen sehr Beachtliches geleistet wurde, um die letzte Insel der Freiheit und Demokratie im kriegsgeschüttelten Europa zu erhalten und eine wesentlich grössere Zahl von Zivilflüchtlingen und Militärinternierten zu retten als andere Länder, nicht zuletzt die USA. Betrüblich ist, dass unsere Kritik an «Goldbericht» und «Flüchtlingsbericht» der UEK in der Deutschschweiz, im Gegensatz zur Romandie, von den Medien weitgehend totgeschwiegen wird.

Hans-Georg Bandi absolvierte die Rekrutenschule im Sommer 1940 in Payerne, leistete insgesamt drei Jahre Aktivdienst und war bis zur Entlassung aus der Wehrpflicht 1985 in der Luftwaffe eingeteilt. Im Zivilleben studierte er Urgeschichte, war Professor an der Universität Bern und arbeitete als Archäologe häufig im Eskimogebiet. Letztes Jahr hat er a.i. das Copräsidium der AGG übernommen.

Auskünfte und Unterlagen sind zu erhalten bei AGG, Postfach 125, 3000 Bern 15. Foto: Dr. med. P. Friedli, Bern

ben notwendigen Vollmachten ausgestaltet wird

- Für die Nachrichtendienste sollte ein unabhängiger interner Inspektor eingesetzt werden, um die administrativen und budgetären Angelegenheiten sowie die Personensicherheit zu kontrollieren

Verhältnis zur Öffentlichkeit

Der SND sollte die Öffentlichkeit mehr als bisher und regelmässig über seine Aufgabe, Organisation und Arbeit informieren

Schnittstellen

Der Bundesrat hat 1999 Weisungen zur Organisation der sicherheitspolitischen Führung erlassen (in Kraft ab 1. Januar 2000). Dem Sicherheitsausschuss des Bundesrates ist die Lenkungsgruppe Sicherheit unterstellt, deren Vorsitz der neue Nachrichtenkoordinator haben sollte, welcher von einem Lage- und Früherkennungsbüro unterstützt wird. Damit hat sich der Bundesrat für die Koordination zwischen den Nachrichtendiensten entschieden.

Die SUN ist der Ansicht, dass eine Koordination auf mittlerer Beamtenstufe, wie sie der Bundesrat 1999 angeordnet hat, den Anforderungen nicht genügt. Die Nachrichtenkoordination soll Mitte 2001 auf ihre Tauglichkeit überprüft werden.

Gesamthaft hat die SUN 17 politische Empfehlungen formuliert.

Die Würdigung

In etwas mehr als sechs Monaten hat die SUN einen 20-seitigen Bericht (mit 3 Anhängen) erarbeitet und vorgelegt. Abklärungen von Arbeitsgruppen über den Nachrichtendienst der Schweizer Armee mit anschliessender Berichterstattung sind jedoch nichts Neues.

Bereits die Arbeitsgruppe der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates unterbreitete dem Parlament einen Bericht vom 19. Januar 1981 über ihre zusätzlichen Abklärungen in der Angelegenheit Oberst Bachmann. Dabei wurden folgende Mängel beziehungsweise Probleme in der damaligen Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr (UNA), die vor allem das Personal, die Führung und Organisation betrafen, festgestellt:

- Unruhen, Unstimmigkeiten, Spannungen und Streitigkeiten unter dem Personal
- Bildung von Königreichen und Vernachlässigung der Zusammenarbeit
- Verschlechterung des Arbeitsklimas und Belastung des Vertrauensklimas
- Reorganisation gegenüber eigenen Mitarbeitern zu Unrecht als geheim erklärt; Betroffene nicht zur Mitarbeit beigezogen
- Chef UNA hat zu wenig geführt und kontrolliert; Untergebene sind in Führungsaufgaben überfordert
- Führung UNA unfähig auftretende Unruhe gütlich zu beschwichtigen; sie war von der Aufgabe der Personalrekrutierung und umfassenden Reorganisation überfordert
- Führungsschwierigkeiten, da leitende Aufgaben Instruktionsoffizieren übertragen werden, die ihre Funktion nur wenige Jahre als Karrieresprung ausüben und für die Aufgabe zu wenig vorbereitet sind
- Nachrichtendienstliche Karriere und mittlere Kaderfunktionen sind auch qualifizierten Personen ausserhalb der militärischen Hierarchie zu öffnen
- Sonderstatus für Mitarbeiter UNA fehlt, der die Entfernung von ungeeigneten Personen aus dem Dienst erleichtern würde

Im Anschluss an den Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur besonderen Klärung von Vorkommnissen von grosser Tragweite im Eidgenössischen Militärdepartement, vom 17. Januar 1990, beauftragte das Parlament den Bundesrat zu prüfen, «ob ein strategischer (Ausland-)Nachrichtendienst ausserhalb des EMD mit einem umfassenden Nachrichtenbeschaffungsauftrag zu schaffen sei».

Probleme und Lösungsansätze sind mindestens seit dem Bericht Angelegenheit Oberst Bachmann 1981 und dem PUK-Bericht zur Fichenaffäre im EMD 1990 bekannt. Es brauchte offenbar die Affäre Bellasi im Sommer 1999, damit der Nachrichtendienst wieder einmal im Rampenlicht stand und untersucht wurde was seit 18 Jahren öffentlich bekannt war.

Der Bericht der Studienkommission Nachrichtendienst (SUN) enthält nicht viel Neues und zeigt zumTeil längst bekannte Probleme und Mängel auf. Mit einer Entmilitarisierung beziehungsweise Zivilisierung des SND ist es nicht getan, es braucht einiges mehr. Die Politik ist jetzt mit mutigen Entscheiden gefordert. Eine Direktunterstellung des SND unter den Chef VBS ist nicht zweckmässig; der SND sollte der Bundeskanzlei beziehungsweise später einem Präsidialamt des Bundespräsidenten unterstellt werden.

Die Schaffung der Stelle eines Nachrichtenkoordinators beziehungsweise einer Lenkungsgruppe Sicherheit ist unzweckmmässig und mit der Problematik von zwischendepartementalen Organisationseinheiten (kleinen Stabsstellen) behaftet.

Die von der SUN geforderte Auflösung der dem SND zugeordneten Armeestabsteile (Milizangehörige) ist eine kurzsichtige Massnahme, welche von vornherein auf das grosse Fachwissen der Miliz verzichtet. Der Generalstabschef hat sich kürzlich bereits gegen solche Absichten gewehrt.

Die heutige parlamentarische Kontrolle des Nachrichtendienstes ist zweckmässig und kann durchaus genügen; die uferlose Schaffung von neuen parlamentarischen Kontrollkommissionen bringt nichts. Demgegenüber müssen die verwaltungsinternen Kontrollen von Linienvorgesetzten und fachkompetenten (Stabs-) Stellen verbessert und durchgesetzt werden.

Es ist zu hoffen, dass nach den entsprechenden politischen Entscheiden ein neues Kapitel für den Nachrichtendienst, insbesondere den Strategischen Nachrichtendienst, aufgeschlagen werden kann. Ausgeklügelte Theorie ist gut, optimierte Praxis ist besser.

JOURNAL

Wachtablösung auf dem Waffenplatz Kloten-Bülach

nzz./-r. Am 29. Februar ist Hans Fischer, Betriebsleiter des Zeughauses und des Waffenplatzes Kloten-Bülach, im Beisein von Regierungsrätin Rita Fuhrer und viel militärischer Prominenz in den vorzeitigen Ruhestand entlassen worden. Hans Fischer, der dem grössten Korpszeughaus der Schweiz vorgestanden ist, hat sich im Zuge der von Bern verordneten Personalreduktion, die seine letzten Jahre sehr stark belastet haben, selbst auf die Liste der zu Entlassenden gesetzt. – Zum neuen Betriebsleiter ist der bisherige Stellvertreter Felix Kuhn ernannt worden.

Soll obligatorische Schiesspflicht bleiben?

-r. 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung möchten die obligatorische Schiesspflicht für Wehrpflichtige abschaffen. 42 Prozent sehen den Sinn der jährlichen Schiessübungen ein – besonders die Frauen: Mit 46 Prozent befürworten sie das «Obligatorische» gegenüber den Männern mit 38 Prozent besonders stark. 6 Prozent wünschen sich gar verschärfte Kontrollen und Bussen bei Nichterscheinen – darunter mit 8 Prozent besonders die Männer.

Quelle: Meinungsumfrage LINK Woche 8/99, 508 Interviews in DS und WS.

Militärbeobachter im Kongo

br. Bundespräsident Adolf Ogi bewilligt den Einsatz von zwei bis vier Schweizer Militärbeobachtern in der Demokratischen Republik Kongo.

INFO-THEK

Website der Untergruppe Nachrichtendienst des Generalstabs (UG ND GST):

http://www.vbs.admin.ch/internet/GST/RENS/d/

SWISSCOY

Neue Kommandanten

St./-r. *Oberstlt i Gst Urs Staub* amtet ab dem 23. März als neuer Kontingentskommandant (Nationaler Befehlshaber) der Schweizer Armeeangehörigen im Kosovo. Er ist somit verantwortlich für die Schweizer Soldaten, welche ihren Dienst in der Nachschubzelle der SWISSCOY in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien leisten. Der 41-jährige Berufsoffizier Staub ist ausgebildeter Elektroniker. Internationale militärische Erfahrungen sammelte er während eines Jahres im Nahen Osten als Militärbeobachter.

Major i Gst Stefano Trojani ist verantwortlich für die eigentliche Dienstkompanie, welche die logistische Unterstützung zu Gunsten des österreichischen KFOR-Bataillons AUCON erbringt: Trinkwasseraufbereitung, Transporte, Bau- und Projektleitung im Rahmen zivil-militärischer Zusammenarbeit. Der 34-jährige Berufsoffizier Trojani war vor dem Eintritt ins Instruktionskorps der Schweizer Armee 1989 als Zivilschutzinstruktor im Tessin tätig. Auch Trojani verfügt über internationale Einsatzerfahrung, erworben als Militärbeobachter im Kaukasus.

Ausbildung für 2. Kontingent

ab./-r. Die fünfwöchige Ausbildung des zweiten SWISSCOY-Kontingentes ist am 17. März auf dem Waffenplatz Bière zu Ende gegangen.

Unter den 156 neuen SWISSCOY-Angehörigen befinden sich sieben Frauen. Vom ersten Kontingent haben 15 Personen ihren Einsatz um ein weiteres halbes Jahr verlängert. Der rechnerische Überbestand (160) erklärt sich dadurch, dass sowohl das Sicherheitsmodul wie die Militärpolizei je zwei Ablösungen auf einmal ausbilden liessen. Die Ausbildungsschwerpunkte um-fassten: Kenntnis des Kosovo, Verhalten gegenüber Minen / Blindgängern, Grundsätze für den Waffeneinsatz / Neue Gefechtsschiesstechnik, Fahrausbildung, fachspezifische Ausbildung.

Die Geschäftsleitung VBS hat an ihrer Februarsitzung die Abgaberegelung für Sturmgewehre 57 (unser Bild) und Karabiner 31 genehmigt.
Archivbild: armeefotodienst

Abgaberegelung Sturmgewehr 57 und Karabiner 31

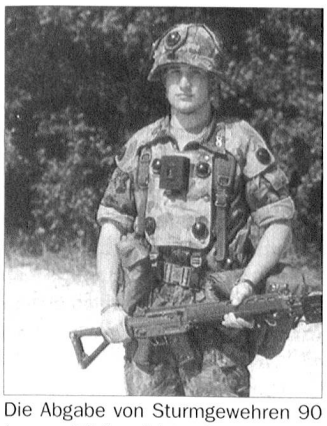
hh. Die unentgeltliche Überlassung des Sturmgewehres 57 zu Eigentum wird nach der bisherigen Regelung weitergeführt. Wer beim Ausscheiden aus der Armee Anrecht auf die Ausrüstung oder Teile davon hat, dem wird die persönliche Waffe unentgeltlich zu Eigentum überlassen. Die betreffenden Angehörigen der Armee müssen in den letzten drei jahren vor der Entlassung mindestens 2 Bundesübungen 300 m absolviert haben. Im weiteren erhält derjenige das Sturmgewehr 57 unentgeltlich zu Eigentum, der diese Waffe seit mindestens 10 Jahren als persönliche Leihwaffe besitzt. Vor der Überlassung wird das Sturmgewehr zu einer halbautomatischen Einzelfeuerwaffe abgeändert.

Bund verzichtet auf Verkauf von Sturmgewehren 57

Nachdem mit den interessierten Schützen und Sammlerkreisen Übereinstimmung erzielt werden konnte, dass alle Interessenten unter Erfüllung der Bedingungen für die Abgabe eines Leihsturmgewehres 57, der geforderten Haltebedingungen (regelmässige Teilnahme an Bundesübungen) und der Leihdauer (unverändert 10 Jahre), eine Waffe erhalten können, wurde entschieden, auf den problematischen Verkauf dieser Waffen durch den Bund zu verzichten. Dieser Entscheid wurde auch dadurch ermöglicht, dass im Waffenhandel und bei Privaten der Erwerb von Sturmgewehren 57 (abgeändert als halbautomatische Einzelfeuerwaffe) unter Einhaltung der erwähnten restriktiven Bedingungen des Waffengesetzes möglich ist.

Verkauf Karabiner 31

Das VBS wird demnächst den Grossteil der noch am Lager liegenden Karabiner 31 an die Schweizerische Munitionsunternehmung Thun (ein Unternehmen der RUAG SUISSE) zur Liquidation übergeben. Der Verkauf wird dabei ausschliesslich gemäss den Bestimmungen des Waffengesetzes und der Waffenverordnung erfolgen.



Die Abgabe von Sturmgewehren 90 (unser Bild) erfolgt wie bis anhin nur leihweise. Über eine Abgabe zu Eigentum – in Analogie zum Sturmgewehr 57 – wird erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.
Foto: Meinrad A. Schuler

AWM-Resolution

Mit grossem Befremden stellt die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM) fest, dass sich Schweizer Hilfswerke wohl mit ihren Spendengeldern in die Schweizer Sicherheitspolitik einmischen. Die AWM verurteilt dieses Engagement umso mehr, als die Unterstützung der Armeehalbierungsinitiative durch die Hilfswerke deren Zielen eindeutig zuwiderläuft.

A.R. In einer Medienmitteilung vom 17. Februar 200 hat der Vorstand der entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft Swissaid/ Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/ Caritas ihre Unterstützung der sozialistischen Umverteilungsinitiative, die eine Halbierung der Ausgaben für die Schweizer Sicherheit anstrebt, bekannt gegeben. Die Arbeitsgemeinschaft hat zu diesem Zweck bereits eine umfangreiche Broschüre veröffentlicht.

Die Hilfswerke unterliegen einer doppelten Täuschung. Zum einen lassen sie sich von der SPS und der radikalpazifistischen ARW, die seit Jahren ebenso böswillig wie vergeblich die Unterminierung der Schweizer Sicherheitspolitik betreibt, mit Geldversprechungen für ihre Ziele vor den innenpolitischen Karren spannen. Zum anderen könnte die radikale Beschneidung der sicherheitspolitischen Möglichkeiten der Schweiz zum Verlust der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Stabilität unseres Landes führen. Gerade letztere ermöglicht aber die umfangreiche Hilfe an Bedürftige in der Dritten Welt überhaupt erst. – Die in der AWM zusammengeschlossenen gesamtschweizerisch wirkenden rund 30 sicherheitspolitisch interessierten Organisationen und Verbände rufen deshalb die Hilfswerke dazu auf, ihre aktive Unterstützung für die radikale Umverteilungsinitiative zu sistieren. Sollte die AWM erkennen, dass die Hilfswerke weiterhin ihre Mittel für sachfremde innenpolitische Aktionen einsetzen, wird sie sich vorbehalten, diesen Missbrauch von Spendengeldern öffentlich anzuprangern und ihre mehreren Hunderttausend Mitglieder zum Spendenboykott aufzurufen.

Inventar der militärischen Denkmäler in den Kantonen Schaffhausen und Thurgau

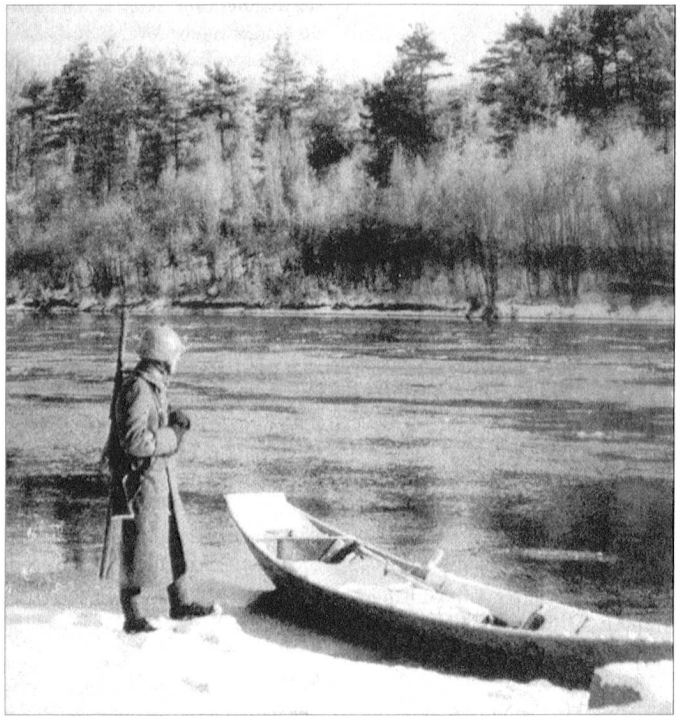


Bild: Generalstab VBS, Abteilung Immobilien Militär

Mit der Armeereform 95 sind ungefähr 13 500 Objekte der militärischen Kampf- und Führungsinfrastruktur «ausgemustert» worden (ARMEE-LOGISTIK berichtete bereits darüber). Ein Teil davon soll aus historischen, kulturellen oder ökologischen Gründen der Nachwelt erhalten bleiben. Am 1. März haben Experten des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) die entsprechenden Inventare für die Kantone Schaffhausen und Thurgau in Diessenhofen öffentlich vorgestellt.

S.K. Eine Arbeitsgruppe, der auch Vertreter verschiedener ziviler Bundesstellen angehören, erarbeitet im Auftrag der Geschäftsleitung des Departementes seit einigen Jahren ein Inventar jener Infrastrukturen, die zwar militärisch nicht mehr gebraucht werden, aber aus geschichtlichen, kulturellen oder ökologischen Gründen trotzdem erhalten bleiben sollen.

Bereits erstellt sind die Inventare für die Kantone Tessin, Neuenburg und Jura. Nun konnten im Einvernehmen mit den entsprechenden Kantonen auch diejenigen für Schaffhausen und Thurgau fertig gestellt werden. Im Beisein zahlreicher Prominenz aus Politik, Kultur und Armee sind sie öffentlich vorgestellt worden. Hervorgehoben wurde dabei insbesondere auch die Tatsache, dass der Kanton Thurgau eine ganze Reihe von Werken vom VBS zum Zwecke der Erhaltung übernommen hat. Eine Besichtigung machte die grosse ästhetische und bautechnische Vielfalt der militärischen Bauwerke deutlich.

Dass auch Bunker, Panzersperren und Festungen schutzwürdig sein können, mag vielleicht auf den ersten Blick erstaunen. Berücksichtigt man jedoch allein schon ihre grosse geschichtliche Bedeutung so wird klar, dass man diese Werke nicht einfach gedankenlos abbrechen darf. Dazu kommen neben kulturellen Aspekten vor allem auch ökologische Argumente. Denn vor allem Geländepanzerhindernisse – die sogenannten «Toblerone» – bilden in der oft ausgeräumten Landschaft eigentliche Nischen für die Tier- und Pflanzenwelt.

AUS DEM INVENTAR

Sperrstelle Schaffhausen

Die aktuelle Sperrstelle umfasst 20 militärische Objekte. Davon sichtbar sind zwei Infanteriebunker beim EW Schaffhausen, drei Unterstände am nördlichen Rheinufer und zwei auf der Höhe des Lahnbucks nördlich von Schaffhausen sowie sieben Tankbarrikaden in den wichtigsten Einfallstrassen zur Stadt.

Sperrstelle Stein am Rhein

Diese Sperrstelle befindet sich am südlichen Ufer des Rheins unterhalb der Kirche «Burg» und erstreckt sich über die Kantonsgrenze hinaus. Sie besteht im Kanton Schaffhausen aus fünf militärischen Objekten, darunter einem Infanteriewerk und einer Strassenbarrikade an der Rheinbrücke und im thurgauischen Teil aus einem Bunker und einem Unterstand.

Sperrstelle Schaarenwald

1938 wurde im Schaarenwald und am Rheinufer mit dem Bau von mehreren Bunkern begonnen, die zunächst von BBB geplant und durch Bauunternehmer, ab 1939/40 auch durch Truppen der Grenzbrigade 6 ausgeführt wurden. Mit der zunehmenden Bedrohung durch den nördlichen Nachbarn wurde die Sperrstelle 1941 durch weitere Infanteriebunker und Unterstände verstärkt. Auch nach Ende des Weltkrieges wurde diese Stelle als besonders gefährdet eingestuft und durch weitere Massnahmen entsprechend ergänzt.

Sperrstelle Unterschlatt

Westlich von Diessenhofen verläuft bei Büsingen die Landesgrenze am Rhein und der Fluss ist an dieser Stelle besonders leicht zu überqueren. Deshalb wurde am Rhein während des Zweiten Weltkrieges die Sperrstelle «Schaarenwald» eingerichtet. Im Zuge des Kalten Krieges erachtete die Landesverteidigungskommission (LVK) diese Stelle als besonders gefährdet durch einen Angriff von NE. So wurde ab 1959/60 zur Unterstützung der Sperrstellen von Diessenhofen und Schaarenwald im Bereich von Unterschlatt-Buechberg der Stützpunkt Schlatt mit 8,1-cm-Minenwerfern gebaut und ausgerüstet.

Sperrstelle Diessenhofen

Um den südlichen Brückenkopf von Diessenhofen breitet sich eine langgestreckte Sperrstelle mit heute noch acht erhaltenen Bunkern, vier Strassensperren und sechs Unterständen aus. Da an dieser Stelle die Landesgrenze im Rhein verläuft, wurde im Rahmen der Befestigungsplanungen der Rheinlinie 1936 in die Holzbrücke von Diessenhofen ein Fallgatter als Tankbarrikade eingebaut.

Weitere militärische Denkmäler aus dem Inventar der Kampf- und Führungsbauten:

- Werkgürtel Kreuzlingen
- Sperrstelle Triboltingen
- Sperrstelle Lengwil
- Sperrstelle Bottighofen

KOMMANDANTENWECHSEL

-r. Wie dem «Aktuell» des BALOG entnommen werden kann sind folgende Kommandantenwechsel in den BALOG-Schulen auf 1. Januar 2001 vorgesehen:

Oberst Pascal Maillat, 1959, Berufsoffizier der Materialtruppen, Kdt Vsg UOS/RS 73/273, übernimmt als Nachfolger von Oberst Hans-Ulrich Habegger das *Kommando der Elom RS 83/283* in Lyss.

Oberst Habegger, 1951, Berufsoffizier der Materialtruppen, ist ab 1. Januar 2001 *Aushebungsoffizier der Zone 4*.

Oberstlt i Gst Daniel Baumgartner, 1961, Berufsoffizier der Versorgungstruppen, wird neu *Kommandant der Vsg UOS/RS 73/273* in Bern. Er löst Oberst Pascal Maillat ab. Oberstlt i Gst Baumgartner absolviert zur Zeit den Cours Supérieur d'Etat-Major am Institut Supérieur de Défense in Brüssel.